Badische Zeitung

31. Mai 2017

**Kein Plan für den Super-Gau
Infos über Katastrophenschutz.**
Das Regierungspräsidium (RP) hat nach wie vor keinen aktualisierten Einsatzplan für den Super-Gau: Zwar gelten bereits seit 2014 neue Richtlinien für den Fall, dass es im grenznahen französischen Kernkraftwerk Fessenheim zu einem Reaktorunfall kommt. Seitdem liegt auch Freiburg in der Evakuierungszone. Doch in die Katastrophenschutzpläne sind die neuen Regelungen noch nicht eingearbeitet. Regierungspräsidiums-Mitarbeiterin Ama Klein wollte sich im gemeinderätlichen Umweltausschuss auch nicht auf einen Zeitplan festlegen lassen. Sie betonte aber, dass das RP im Katastrophenfall nach wie vor auf die bisherigen Planungen zurückgreifen könne. Die **Stadträte** beruhigte dies nicht wirklich. Wenn tatsächlich etwas passiere, werde es zu einem riesigen Chaos kommen. Und kaum jemand in der Bevölkerung wisse, wie er sich verhalten müsse. Auch die Ausgabe von Jodtabletten wird personell an Grenzen stoßen. Stadträtin Ulrike Schubert (Unabhängige Listen) kritisierte die Stadtverwaltung: Diese agiere bei der Öffentlichkeitsarbeit viel zu defensiv. Es müsse mehr Veranstaltungen und Informationen für die Bürger geben. Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik wies die Vorwürfe zurück.

**Bei Akw-Unfall in Fessenheim: Keiner weiß, was zu tun ist**
Wenn es zu einem Reaktorunfall im Atomkraftwerk Fessenheim kommt, muss ganz Freiburg geräumt werden. Der Umweltausschuss ist besorgt über fehlende Notfallpläne bei einem Super-GAU.

[<http://ais.badische-zeitung.de/piece/08/32/f7/4e/137557838.jpg>](http://ais.badische-zeitung.de/piece/08/32/f7/4e/137557838.jpg)
Im Ernstfall sollen hochdosierte Jod-Tabletten von der Stadtverwaltung ausgegeben werden.

Wenn es zu einem Reaktorunfall im französischen Atomkraftwerk Fessenheim kommt, muss ganz Freiburg geräumt werden. Diese Regelung gilt seit 2014, damals wurden die Evakuierungszonen ausgedehnt. Doch aktualisierte Planungen für den Notfall gibt es nach wie vor nicht – und auch keinen Zeitplan, bis wann diese fertig sein sollen. Zudem ist schon jetzt klar, dass die Ausgabe von Jodtabletten personell an Grenzen stoßen wird. Die Fraktionen im gemeinderätlichen Umweltausschuss zeigten sich beunruhigt. Auch an der Stadtverwaltung gab es Kritik.

**Infobroschüre von 2009**
Ganz unvorbereitet sei das Regierungspräsidium (RP) auf den Super-Gau selbstverständlich nicht, betonte RP-Mitarbeiterin Ama Klein in der Sitzung des Umweltausschusses ein ums andere Mal. Die bisherigen Planungen lägen weiterhin vor und könnten jederzeit umgesetzt werden. Doch diese beziehen sich auf die Zeit vor 2014. Damals gehörte Freiburg noch gar nicht komplett zur Evakuierungszone. Auch eine Infobroschüre, mit der sich die Bürger vorbereiten sollen, befindet sich auf dem alten Stand. Sie liegt im städtischen Bürgeramt aus, ist im Internet zu finden, und stammt aus dem Jahr 2009. Deshalb sind darin für Freiburg zum Beispiel auch noch keine Sammelstellen für die Evakuierung aufgelistet.

Doch wann liegen die aktualisierten Einsatzpläne endlich auf dem Tisch? CDU-Stadträtin Sylvie Nantcha (CDU) hakte in der Sitzung gleich mehrmals nach – doch Ama Klein ließ sich nicht festnageln. Es werde "noch einige Zeit" dauern, sagte sie lediglich.

Wenn es zu einem Reaktorunfall kommt, wird die Bevölkerung mit Sirenen, Lautsprecherdurchsagen und über Radio und Fernsehen informiert. Auch eine vorgefertigte Pressemitteilung gibt es bereits. Das klinge alles viel zu theoretisch, meinten mehrere Stadträte.

**Was passiert bei einer Massenpanik?**
Im Katastrophenfall würden die Menschen "nicht nach Checklisten" handeln, sagte Grünen-Stadtrat David Vaulont: "Was passiert, wenn es zu einer Massenpanik kommt?" Auch eine Pressemitteilung hielt er für realitätsfern: Die Nachrichten würden sich im Handumdrehen über das Internet verbreiten, der Verkehr werde zusammenbrechen. Tatsächlich gehe auch das RP davon aus, dass es ein Verkehrschaos geben wird, sagte Ama Klein. Das sei für die Behörde kein Grund, gar nicht zu planen: "Wir wollen in unserem System Herr der Lage bleiben."

Wenn der Katastrophenfall eintritt, soll die Bevölkerung auch mit Jodtabletten versorgt werden. 2,5 Millionen Tabletten lagern dafür in Freiburg – der Ort ist geheim. Grund: Die Bevölkerung soll die Tabletten nicht dort abholen, sondern an den Ausgabestellen.

**Ausgabe von Jodtabletten problematisch**
Dafür seien die Wahllokale vorgesehen, erklärte Philipp Golecki vom Amt für Brand- und Katastrophenschutz. Im Grunde sei jedoch schon jetzt klar, dass dies gar nicht zu stemmen sein werde – dafür gebe es viel zu wenige Mitarbeiter, die zur Ausgabe der Tabletten berechtigt sind. Die Stadtverwaltung plädiere dafür, dass die Jodtabletten präventiv an alle Haushalte verteilt würden, sagte Golecki. Diese **Entscheidung liege jedoch beim Innenministerium**. Wer sichergehen will, könne sich auch selbst mit Jodtabletten versorgen, diese seien rezeptfrei in der Apotheke zu bekommen.

"Es kann morgen soweit sein – und kein Mensch weiß, was zu tun ist", kritisierte Stadträtin Ulrike Schubert (Unabhängige Listen). Die Bevölkerung sei schlecht informiert, was sie im Katastrophenfall tun solle. Bereits 2011, nach dem Atomunfall von Fukushima, habe der Gemeinderat gefordert, dass mehr getan werden müsse. Denn es reiche einfach nicht, so Schubert, "an drei Stellen Broschüren auszulegen". Auch die Stadtverwaltung müsse sich mehr engagieren, forderte sie – etwa in Form von Veranstaltungen. Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik wies die Vorwürfe zurück. Die Stadt habe sich immer sehr für das Thema eingesetzt und sich stets klar für die Abschaltung von Fessenheim positioniert, sagte Stuchlik. Veranstaltungen für die Bevölkerung zu organisieren, mache keinen Sinn, "solange es nichts Neues gibt".